



9.
Bundestagswahl
der
Bundesrepublik
vDeutschland

Wahlprogramm der Liberalen Partei

Spitzenkandidat

Simon von Zerminig

Bundestagsliste

Maximilian Lambsdorff

Nils Neuheimer

Dr. Anastasya Liebermann

Dr. Kurt Erhard



*Stillstand war gestern
Fortschritt ist heute
Fortschritt ist liberal*

Ihre Partei im vDeutschen Bundestag:

**Liberale
Partei**

LP

Fortschritt ist liberal

Wir leben in einer Zeit des Wandels. Nicht erst seit gestern und nicht nur bis morgen. Alte Herausforderungen beanspruchen uns noch immer und weitere werden folgen.

Darauf wollen wir vorbereitet sein!

Die Liberale Partei erhebt den Anspruch darauf, unsere gesellschaftlichen Werte zu erhalten; Freiheit, Solidarität, Brüderlichkeit. Dies sind die Grundpfeiler, auf deren Basis wir uns für die Zukunft rüsten wollen. Denn sie bilden sowohl Stabilität, als auch Flexibilität, die wir brauchen. Wir wollen den Stillstand verhindern, Fortschritt vorantreiben, neue Wege gehen und altes modernisieren wo es möglich und notwendig ist.

Wir laden Sie alle herzlich ein, diesen Weg mit uns zu gehen. Um gemeinsam die Zukunft zu schmieden, die uns Probleme meistern lässt.

„Wir befinden uns in einem radikalen Umbruch. Digitalisierung und politische Umwälzungen verändern alles. Nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt steht am Beginn einer neuen Zeit. Wir Liberalen glauben, dass wir für diese neue Zeit auch neuen Fortschritt benötigen. Fortschritt der frei von Vorurteilen, frei von Gewohnheiten, frei von „So haben wir das immer gemacht“ ist. Nur Fortschritt kann Lösungen für die aktuellen und kommenden Herausforderungen liefern. Die Lösungen für morgen liegen eben nicht in der Vergangenheit, sondern im Hier und Jetzt, indem wir die optimalen Voraussetzungen für die Zukunft schaffen. Wir befinden uns im Umbruch, das ist sicher. Und genauso sicher sind die Möglichkeiten, die er bietet. Lasst sie uns nutzen.“

Simon von Zerning
Kanzlerkandidat der Liberalen Partei

**Liberale
Partei**

LP



Fortschritts-Programm

| | |
|---|-----------|
| Wirtschafts- und Finanzpolitik..... | 6 |
| ABSCHAFFUNG DER KALTEN PROGRESSION | 6 |
| SOLI-REFORM..... | 6 |
| GRUNDERWERBSSTEUERFREIBETRAG..... | 6 |
| GERECHTE ERBSCHAFTSSTEUER | 6 |
| SENKUNG DER STROMSTEUER | 7 |
| SUBVENTIONSBREMSE | 7 |
| KOSTENÜBERNAHME DER INTEGRATIONSPOLITIK DURCH DEN BUND..... | 7 |
| FLEXIBILISIERUNG DER ÖFFNUNGSZEITEN | 7 |
| KIRCHENSTEUER-PENDANT FÜR ANDERE RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN..... | 7 |
| Inneres und Justiz | 8 |
| REFORM DER SICHERHEITSARCHITEKTUR IN DEUTSCHLAND | 8 |
| CHANCENGLEICHHEIT VON FRAUEN UND MÄNNERN..... | 8 |
| KEINE ANLASSLOSE ERHEBUNG UND SPEICHERUNG PERSONENBEZOGENER DATEN | 8 |
| QUICK FREEZE STATT VORRATSDATENSPEICHERUNG | 9 |
| PRIESTERAUSBILDUNG | 9 |
| Bildung und Kultur | 10 |
| STÄRKUNG DER DUALEN AUSBILDUNG..... | 10 |
| AUSTAUSCHPROGRAMME FÜR AUSZUBIEDENDE | 10 |
| SPRACHFÖRDERUNG VOR DER EINSCHULUNG | 10 |
| ONLINE-ZUGANG ZU LERHMATERIALIEN AN ÖFFENTLICHEN HOCHSCHULEN | 10 |
| BILDUNGS-AUSGABEN AUF TOP-NIVEAU | 11 |
| EIGENSTÄNDIGKEIT DER SCHULEN | 11 |
| BESSERE BEZAHLUNG UND AUSBILDUNG VON KITA-PERSONAL..... | 11 |
| STÄRKUNG KULTURELLER BILDUNG | 11 |
| BILDUNGSSPAREN | 11 |
| REFORMIERUNG DES BAFÖG-SYSTEMS..... | 12 |
| Außen-, Europa- und Verteidigungspolitik..... | 13 |
| FÖRDERUNG DER INTERNATIONALEN RÜSTUNGSKONTROLLE UND ABRÜSTUNG | 13 |
| ORGANISIERTE KRIMINALITÄT EUROPaweit BEKÄMPFEN | 13 |

| | |
|---|-----------|
| INTERNATIONALE KOOPERATION ZUR TERRORISMUSBEKÄMPFUNG | 13 |
| REFROMPROGRAMM FÜR DIE EUROPÄISCHE UNION | 14 |
| 1. Demokratisierung der Europäischen Union..... | 14 |
| 2. Die Europäischen Staaten müssen Kompetenzen gemeinsam bündeln | 14 |
| 3. Europäisches Verteidigungsbündnis und Sicherheitspolitik..... | 15 |
| 4. Arbeitsmarkt und Wirtschaftspolitik | 15 |
| 5. Freihandelsabkommen | 16 |
| Verkehr und Infrastruktur | 17 |
| KEIN GENERELLES TEMPOLIMIT AUF AUTOBAHNEN | 17 |
| MEHR INVESTITONEN IN VERKEHRSINFRASTRUKTUR | 17 |
| TRENNUNG VON NETZ UND BETRIEB..... | 17 |
| DIGITALISIERUNGSOFFENSIVE STARTEN | 17 |
| KEIN GRENZDATUM FÜR AUTOS MIT VERBRENNUNGSMOTOR..... | 18 |
| DEUTSCHLAND WETTBEWERBSFÄHIG HALTEN – MEHR NACHTFLÜGE EMRÖGLICHEN | 18 |
| BERLIN BRAUCHT TEGEL – DEUTSCHLAND BRAUCHT TEGEL | 18 |
| Agrar-, Landwirtschaft, Energie und Umwelt | 19 |
| SICHERUNG DER ARTENVIELFALT | 19 |
| WELTWEITE KLIMASCHUTZPOLITIK | 19 |
| WETTBEWERB FÜR DEN ENERGIEMIX DER ZUKUNFT | 19 |
| BLAUES WACHSTUM..... | 19 |
| ENERGIEWENDE BEZAHLBAR MACHEN – ÜBERSTÜRTZTEN ATOMASUSSTIEG ÜBERPRÜFEN | 20 |
| Gesundheit | 21 |
| FAIRE WETTBEWERBSBEDINGUNGEN FÜR APOTHEKEN | 21 |
| FAHREIGNUNGSTESTS FÜR SENIOREN | 21 |
| Digitalisierung und Datenschutz | 22 |
| DIGITALISIERUNG UND STARTUPS VORAN BRINGEN | 22 |
| DIGITALISIERUNGSMINISTERIUM | 22 |
| MEDIENKOMPETENZ | 22 |
| DIGITALER BINNENMARKT FÜR EUROPA | 22 |
| FLÄCHENDECKENDES GLASFASERNETZ | 23 |
| STRIKTE NETZNEUTRALITÄT..... | 23 |

| | |
|---|-----------|
| EU- UND BUNDESDATENSCHUTZGESETZ | 23 |
| Arbeit und Soziales | 24 |
| INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN IN DEN ARBEITSMARKT..... | 24 |
| GARANTIE DER BETRIEBLICHEN UND PRIVATEN VORSORGE | 24 |
| VEREINFACHUNG DER DOKUMENTATIONSPFLICHT BEIM MINDESTLOHN | 24 |
| VOLLE ANRECHNUNG DER ELTERNZEIT AUF DIE RENTE | 24 |
| MIETPREISBREMSE ABSCHAFFEN | 24 |
| MEHR SELBSTBESTIMMUNG FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG | 25 |
| ERHÖHUNG DES KINDERFREIBETRAGS..... | 25 |
| Integration und Einwanderung..... | 26 |
| NEUES EINWANDERUNGSGESETZ | 26 |
| FAIRER SCHLÜSSEL FÜR DIE VERTEILUNG VON FLÜCHTLINGEN IN EUROPA..... | 27 |
| BLEIBERECHT FÜR FLÜCHTLINGE IN AUSBILDUNG..... | 27 |
| Verantwortungsvoller Umgang mit der Deutschen Geschichte | 28 |
| AUFARBEITUNG DER NATIONALSOZIALISTISCHEN DIKTATUR ALS KONTINUIERLICHE AUFGABE..... | 28 |
| AUFARBEITUNG DER HISTORIE DES ZWEIFGETEILTEN DEUTSCHLANDS UND DES UNRECHTSTAATES DDR | 28 |
| Sport | 29 |
| FÖRDERUNG DES BREITEN UND SPITZENSPORTES | 29 |

Wirtschafts- und Finanzpolitik

ABSCHAFFUNG DER KALTEN PROGRESSION

Um für den Bürger mehr Steuergerechtigkeit zu schaffen und im Rahmen der großen Steuerüberschüsse eine längst überfällige und illegitime Praxis zu beenden, setzt sich die Liberale Partei für eine Abschaffung der kalten Progression ein, welche unverhältnismäßig den Bürger finanziell im Realeinkommen belastet und ihn wirtschaftlich hemmt.

SOLI-REFORM

Der Solidaritätszuschlag wurde zu einer Zeit verabschiedet, als Ostdeutschland unmittelbar nach der Wiedervereinigung wirtschaftlich am Boden lag, wofür auch eine neue Steuer wie der Soli durch die Bürger in Kauf genommen wurde. Nach Jahren schloss der Osten der Republik immer weiter zum Rest Deutschlands auf und daher sehen wir Liberalen uns dazu verpflichtet die Steuerverpflichtung wie geplant 2019 auslaufen zu lassen, und so dem wahren Grund der Steuereinführung nachzukommen, sowie einen Freibetrag für Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen zu etablieren, der die Bürger gerade im Hinblick der derzeitigen Steuerüberschüsse entlasten kann.

GRUNDERWERBSSTEUERFREIBETRAG

Wir wollen eine deutliche Entlastung der Bürger beim Erwerb von Wohneigentum. Bei der Grunderwerbssteuer wollen wir einen Freibetrag von bis zu 500.000 Euro für natürliche Personen einführen. Denn die Steuertreiberei der Bundesländer macht es Familien aus der Mittelschicht fast unmöglich, Wohneigentum zu erwerben. Der Freibetrag sollte für den Erwerb von Wohnimmobilien durch natürliche Personen gelten. Erst darüber kommt es zur Entstehung der Steuer. Dies ist daher notwendig, weil in den vergangenen zehn Jahren die Grunderwerbssteuerlast klar gestiegen ist, was vielen den Erwerb der eigenen Immobilie erschwert. Einige Bundesländer haben seitdem ihren Grunderwerbssteuersatz sogar fast verdoppelt: von dreieinhalb auf sechseinhalb Prozent. Beim Kaufpreis von 300.000 Euro fallen dort fast 20.000 Euro zusätzlich für die Grunderwerbssteuer an. Mit vorgeschlagenem Freibetrag würde die Grunderwerbssteuer auf null sinken, also gar nicht anfallen. Dadurch wollen wir es den Menschen erleichtern, ihren Traum vom eigenen Haus oder der eigenen Wohnung zu verwirklichen und zugleich für das Alter vorzusorgen. Denn wer im Alter keine Miete zahlt, hat mehr Freiräume.

GERECHTE ERBSCHAFTSSTEUER

Wir wollen, dass sich Sparen und Vermögensaufbau lohnen. Ein nachhaltiger Umgang mit Vermögen ist gut: für jeden einzelnen Bürger und jede einzelne Bürgerin, ihre Familien und die Gesellschaft. Die Weitergabe von erarbeitetem Eigentum und Vermögen und auch die Fortführung von Familienunternehmen darf durch steuerliche Regelungen nicht behindert werden. Anstrengung muss sich lohnen. Eine Besteuerung der Unternehmenssubstanz sehr

schädlich. Daher lehnen wir eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine weitere Verschärfung der Erbschaftssteuer im Vergleich zu bisher geltenden Regelungen klar ab. So halten wir die Unternehmer in Deutschland und sichern die Arbeitsplätze hier bei uns. Bei Erbschaften zwischen Ehegatten wollen wir, dass zukünftig die Erbschaftssteuer entfällt.

SENKUNG DER STROMSTEUER

Wir Liberalen wollen die Stromverbraucher entlasten und deshalb die Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau absenken. Die Stromsteuer macht einen großen Anteil des Strompreises aus. Sie sollte das Klima schützen und die Rente finanzieren. Beides hat sich als Illusion erwiesen. Stromeinsparungen durch hohe Strompreise bewirken unter der Bedingung des europäischen Emissionshandels keine Treibhausgasminderung. Für die Rente bedarf es nachhaltiger Finanzierungsmodelle, nicht der Stromsteuer.

SUBVENTIONSBREMSE

Wir wollen eine Subventionsbremse für den Bundeshaushalt einführen und alle staatlichen Subventionen überprüfen. Der Staat greift viel zu häufig in wirtschaftliche Prozesse ein, indem er Unternehmen und Verbrauchern für ein bestimmtes Verhalten Geld zahlt oder Steuervergünstigungen gewährt. Solche Subventionen nützen oft nur wenigen und schaden dem Gemeinwohl.

KOSTENÜBERNAHME DER INTEGRATIONSPOLITIK DURCH DEN BUND

Die Bundesebene soll vollumfänglich für die Kosten der Integration der Flüchtlinge aufkommen. Unzählige Kommunen sind ohnehin in finanzieller Not und dürfen nicht für die Flüchtlingskrise zur Kasse gebeten werden. Sie müssen ihre Aufgaben für ihre Bürger weiterhin wahrnehmen können.

FLEXIBILISIERUNG DER ÖFFNUNGSZEITEN

Wir setzen uns für flexible Ladenöffnungszeiten ein. Feste gesetzliche Öffnungszeiten sind in einer modernen, digitalisierten Lebensrealität antiquiert. Damit es auch traditionellen Ladengeschäften möglich wird, Waren rund um die Uhr zu verkaufen, setzen wir uns für flexible Ladenöffnungszeiten ein: Jedes Geschäft soll selbst entscheiden können, wann es öffnet und schließt. Das Verkaufsverbot für den Handel an Sonntagen wollen wir aufheben. Auch andere Verbote, wie zur Anbietung von Dienstleistungen an Sonn- und Feiertagen, planen wir, aufzuheben.

KIRCHENSTEUER-PENDANT FÜR ANDERE RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN

Angehörige sämtlicher Religionsgemeinschaften in Deutschland haben eine Abgabe entsprechend der Kirchensteuer zu entrichten. Aus dieser wird unter anderem eine staatliche Priesterausbildung finanziert, sowie Projekte der interreligiösen Aufklärung und Zusammenarbeit.

Inneres und Justiz

REFORM DER SICHERHEITSARCHITEKTUR IN DEUTSCHLAND

Wir, als Liberale Partei wollen eine Reform der Sicherheitsstruktur in Deutschland. Denn zurzeit sind zu viele Behörden für unsere Sicherheit zuständig: das Bundesamt für Verfassungsschutz, das Bundeskriminalamt, die Landesämter für Verfassungsschutz, die Landeskriminalämter, der Militärische Abschirmdienst, das Zoll-Kriminalamt und noch andere. Diese Strukturen wollen wir straffen und stärken. Klare Kompetenzabgrenzung ohne Doppelzuständigkeiten ist das Ziel. Deshalb ist es notwendig, dass die Sicherheitsbehörden enger zusammen arbeiten und Informationen leichter austauschen können, wenn angemessene rechtliche Voraussetzungen wie etwa ein Anfangsverdacht auf eine Straftat vorliegen. Diese ist zum Schutz unserer Bevölkerung notwendig. Hierfür muss es eine funktionierende Koordinierungsstelle geben und einheitliche Standards beim Bundesamt für Verfassungsschutz und den Landesämtern. Insbesondere der Einsatz von V-Leuten und dessen Ausgestaltung sowie die Regelungen zum Austausch von wichtigen Informationen dürfen sich zwischen Bundesländern nicht unterscheiden. Denn verfassungsfeindliche Bestrebungen machen vor Ländergrenzen nicht halt. So könnte beispielsweise Hamburg Spezialaufgaben übernehmen und würde dafür in anderen Punkten durch zum Beispiel Niedersachsen und Schleswig-Holstein entlastet. Die Liberale Partei weiß, dass ein demokratischer Staat Schutz benötigt. Das macht gut organisierte geheimdienstliche Arbeit unerlässlich.

CHANCENGLEICHHEIT VON FRAUEN UND MÄNNERN

Wir setzen uns für Chancengleichheit von Frauen und Männern ein. Wir wollen, dass jeder passende Rahmenbedingungen vorfindet, um das eigene Potential voll zu entfalten und das Leben nach eigener Vorstellung zu gestalten. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Eltern drei entscheiden können, welches Arbeitsmodell sie wählen. Damit Väter und Mütter Beruf und Familie besser vereinbaren können, wollen wir flexible Angebote zur Kinderbetreuung, auch in Betrieben, fördern.

KEINE ANLASSLOSE ERHEBUNG UND SPEICHERUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

Wir kämpfen gegen jede anlasslose Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten – sei es aufgrund von Vorratsdatenspeicherung, Fluggastdatenerhebungen oder automatischer Kennzeichenerfassung mit dauerhafter Datenspeicherung. Denn mehr Daten schaffen nicht mehr Sicherheit. Offensichtlich sind auch nicht fehlende Daten das Problem, sondern fehlendes Personal, um Spuren zu verfolgen: Ein Großteil der Terroristen, die in den

vergangenen Jahren in Europa Mordanschläge verübten, waren den Behörden bekannt – und dennoch konnten sie ihre verbrecherischen Taten ausführen.

QUICK FREEZE STATT VORRATSDATENSPEICHERUNG

Bereits vorhandene Verkehrsdaten wollen wir im konkreten Verdachtsfall für die Strafverfolgung sichern („Quick Freeze“). Das ist unser Alternativvorschlag zur Vorratsdatenspeicherung. Quick Freeze sichert anlassbezogene Daten, die bei Telekommunikationsunternehmen ohnehin bereits gespeichert sind. Nimmt eine Strafverfolgungsbehörde bei dringendem Tatverdacht an, dass diese vorübergehend „eingefroren“ werden. Ob dem Ermittler die Daten tatsächlich zur Verfügung gestellt werden, entscheidet ein unabhängiges Gericht.

PRIESTERAUSBILDUNG

Geistliche sämtlicher Religionen müssen in Deutschland ausgebildet worden sein, bevor sie hier Predigen dürfen. Wir wollen sicherstellen, dass nur Inhalte vermittelt werden, die mit dem Grundgesetz konform sind. Religiöse Radikalisierung muss verhindert werden und gerade Jugendliche müssen geschützt werden.

Bildung und Kultur

STÄRKUNG DER DUALEN AUSBILDUNG

Eine Aufwertung der dualen Ausbildung ist in Deutschland dringend notwendig. Unser duales Ausbildungssystem gilt in vielen Ländern und politischen Entscheidungsträgern weltweit als Vorbild. Als einzig richtiger Bildungsweg wird von vielen dennoch das Hochschulstudium angesehen. Dabei ist die Verbindung aus Theorie und Praxis, wie zahlreiche Studien belegen, effektiv und stellt für Unternehmen sowie Auszubildende die ideale Mischung aus Wissen und Können dar. Diese Verknüpfung trägt zu einer höheren Durchlässigkeit des Bildungssystems bei. Dazu gehören die dualen Ausbildungen und Abschlüsse der höheren beruflichen Bildung.

AUSTAUSCHPROGRAMME FÜR AUSZUBIEDENDE

Wir setzen uns für den Ausbau europäischer Austauschprogramme wie 'ERASMUS plus' ein. Nicht nur Studierende sollen in den Genuss des Europäischen Austauschs kommen. Die Teilnahme von Auszubildenden und jungen Berufstätigen an europäischen Austauschprogrammen muss gefördert werden. Dazu bedarf es einer verstärkten Aufklärung über vorhandene Programme. Die Begegnung mit vielen Menschen aus den 26 unterschiedlichen Staaten Europas trägt zum gegenseitigen Vertrauen und einem europäischen Bewusstsein bei. So lernen wir aus unserer Vielfalt die Kraft für eine gemeinsame Zukunft in Frieden und Wohlstand zu schöpfen. Die Geschichte lehrt uns, dass wir dies nicht als Selbstverständlichkeit hinnehmen dürfen.

SPRACHFÖRDERUNG VOR DER EINSCHULUNG

Wir Liberalen setzen uns für eine umfassende Sprachförderung der Kinder vor der Einschulung ein. Das Können einer Sprache ist das zentrale Mittel, um sich am sozialen Leben und am Unterricht beteiligen zu können. Deswegen sollten Kinder mit Sprachdefiziten noch vor der Einschulung die Möglichkeit zum Erlernen der deutschen Sprache erhalten. Nur so ist ein erfolgreicher und gleichberechtigter Start ins Schulleben möglich.

ONLINE-ZUGANG ZU LERHMATERIALIEN AN ÖFFENTLICHEN HOCHSCHULEN

Wir als Liberale fordern die Online-Bereitstellung von Unterrichts- und Lehrmaterialien im Zusammenhang mit der universitären Lehre, es dürfen jedoch keine Rechte Dritter verletzt werden. Vorlesungsaufzeichnungen, Livestreams oder Online-Zugänge erlauben es Studierenden, flexibel und selbstbestimmt Inhalte zu erarbeiten.

BILDUNGS-AUSGABEN AUF TOP-NIVEAU

Die Ausgaben für Bildung wollen wir so erhöhen, dass Deutschland gemessen am Staatshaushalt zu den führenden fünf Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Staaten zählt. Länder und Kommunen würde die umfassende Modernisierung des Bildungssystems alleine überfordern. Die Finanzierung muss daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe werden. Hamburg steht nicht im Wettbewerb mit Baden- Württemberg, sondern Deutschland mit China, Frankreich und den USA. Daher wollen wir die einheitlichen Bildungsstandards in Deutschland. Schulabschlüsse müssen über einheitlich gestellte Abschlussprüfungen vergleichbar werden. Dabei darf es aber keine Angleichung nach unten geben.

EIGENSTÄNDIGKEIT DER SCHULEN

Wir setzen für die beste Bildung auf mehr Eigenständigkeit der Schulen. Kinder erzielen an Schulen mit größerer Gestaltungs- und Entscheidungsfreiheit deutlich bessere Leistungen. Wer eigene Entscheidungshoheit bei Organisation, Budget, Profilbildung und Personal besitzt, übernimmt auch engagiert Verantwortung und kann für beste Ergebnisse sorgen. Schulen sollen daher selbst über ihren Haushalt, ihr Profil und ihr Personal entscheiden können. Einheitliche Bildungsstandards geben das Ziel vor.

BESSERE BEZAHLUNG UND AUSBILDUNG VON KITA-PERSONAL

Wir setzen uns für eine bessere Bezahlung und Ausbildung des Kita-Personals ein. Kitas sollen Kinder fördern und nicht nur aufbewahren und betreuen. Daher sollen auch Sport- und Musikangebote sowie Ergotherapie in den Kitabetrieb integriert werden. Dafür sind Fachkräfte nötig, die zur Anregung und Entwicklung von Kindern ausgebildet sind, Probleme erkennen und Talente fördern. Für diese wichtige Aufgabe müssen Erzieherinnen und Erzieher entsprechend qualifiziert sein und sollten dafür auch angemessen bezahlt werden.

STÄRKUNG KULTURELLER BILDUNG

Die Liberale Partei setzt sich für eine Stärkung der kulturellen Bildung ein. Das kulturelle (Vermittlungs-) Angebot darf sich nicht nur auf Kinder und Jugendliche beschränken, sondern gilt für Menschen aller Altersgruppen, als auch mit ganz unterschiedlichen Lebenshintergründen. Wir streben die Festschreibung eines Anteils von zehn Prozent des jährlichen Budgets öffentlicher und öffentlich geförderter Kulturorganisationen für kulturelle Bildung an. So kann gewährleistet werden, dass das Kulturleben in Deutschland seine gesellschaftliche Relevanz behält.

BILDUNGSSPAREN

Wir fordern staatliche Unterstützung beim Bildungssparen für ein lebenslanges Lernen. Damit jeder seinen Talenten folgen und seine Träume verwirklichen kann, wollen wir jedem Bürger ein Leben lang die Chance zum Aufstieg geben. Bildung ist der Schlüssel zum Aufstieg,

aber die gibt es kaum zum Nulltarif. Daher setzen wir uns für ein Bildungssparen ein. Das heißt: Für jeden Euro, der für Bildung zur Seite gelegt wird, gibt es einen staatlichen Zuschuss. So können Eltern den Bildungsweg ihrer Kinder von klein auf absichern.

REFORMIERUNG DES BAFÖG-SYSTEMS

Eine Studie für das Deutsche Studentenwerk übt Kritik am Bafög-System. Wir fordern, die Ausbildungsförderung neu zu denken. Im Zentrum muss stehen, dass sich jeder voll auf seine Ausbildung konzentrieren kann, ohne durch mehrfache Nebenjobs davon abgehalten zu werden. Wir plädieren deswegen für eine elternunabhängige Förderung für volljährige Schüler, Auszubildende und Studenten. Unser Vorschlag sieht vor, dass diese aus einem Zuschuss von 500 Euro sowie einem Darlehensangebot besteht. Die Refinanzierung des Zuschusses wollen wir über die Verlagerung der bisherigen Steuervergünstigungen der Eltern hin zu den Schülern, Azubis und Studierenden sowie aus den eingesparten Kosten der bisherigen BAföG-Bürokratie erreichen. Die Rückzahlung des Darlehens soll sich am späteren Einkommen orientieren. Für uns ist zentral, dass Schüler, Auszubildende und Studierende ihren Talenten folgen und ihre Wahl frei und ohne Geldsorgen treffen können müssten. Das Elternhaus oder die Lebenssituation darf dabei nicht ausschlaggebend sein.

Außen-, Europa- und Verteidigungspolitik

FÖRDERUNG DER INTERNATIONALEN RÜSTUNGSKONTROLLE UND ABRÜSTUNG

Wir Liberalen wollen die internationale Rüstungskontrolle und Abrüstung vorantreiben. Die Weiterverbreitung von nuklearen, biologischen und chemischen Waffen ist eine Gefährdung der internationalen Sicherheit. Weiter Staaten stehen an der Schwelle zur Nuklearmacht, bestehende Nuklearmächte wollen wieder aufrüsten und die Bedeutung von Atomwaffen scheint in der globalen Sicherheitspolitik wieder zuzunehmen. Aufgrund dessen brauchen es neue diplomatische Anläufe für die Rüstungskontrolle und auch die Abrüstung. Deutschland sollte hier zusammen mit seinen Partnern eine Führungsrolle übernehmen.

ORGANISIERTE KRIMINALITÄT EUROPaweIT BEKÄMPFEN

Menschenhandel, Geldwäsche oder Drogenhandel – organisierte Kriminalität muss effektiv bekämpft werden. Es braucht europäische Antworten auf dieses europaweite Problem. Die EU-Sicherheitsagenturen OLAF, CEPOL, Europol und Euro Just wollen wir mit weitreichenden Handlungsbefugnissen ausstatten und eine europaweite reibungslose Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden der EU Mitgliedsstaaten erreichen.

INTERNATIONALE KOOPERATION ZUR TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

Wir wollen eine deutlich bessere internationale Kooperation zur Terrorismusbekämpfung. Der internationale Terrorismus macht nicht vor Ländergrenzen halt und ist das Problem der gesamten Staatengemeinschaft. Daher ist es auch nicht nur Aufgabe weniger Länder, diese Bedrohung entgegen zu treten. Die internationale Gemeinschaft muss zusammenstehen. Der für die Terrorabwehr notwendige Datenaustausch und die stetige Zusammenarbeit der Geheimdienste müssen deshalb organisiert werden. Außerdem sind europäische Gremien wie Europol und das Mat des Anti-Terror-Koordinators der Union aufzuwerten. Des Weiteren muss durch die Stärkung von Euro Just die Kooperation auf Ebene der Staatsanwaltschaften und Gerichte optimiert werden, um schneller und effektiver zu Urteilen kommen zu können. Nur so kann der Rechtsstaat klare Antworten geben. Wichtig ist, dass ein Austausch nicht nur zur anlasslosen und verdachtsunabhängigen Überwachung aller EU-Bürgerinnen und EU-Bürger missbraucht wird.

REFORMPROGRAMM FÜR DIE EUROPÄISCHE UNION

Die Liberale Partei sieht in Europa die Grundlage für unseren Wohlstand, unsere Sicherheit und unsere Zukunft. Europa sichert unsere Freiheiten und den europäischen Frieden. Wir bekennen uns zum erfolgreichsten europäischen Friedensprojekt seit dem Zweiten Weltkrieg, denn die Europäische Union sichert unsere Freiheiten und verbindet uns Europäer in unseren gemeinsamen Werten.

Damit Europa auch weiterhin handlungsfähig und zukunftsfähig bleibt wollen wir grundlegende Reformen einleiten. Wir wollen Europa effizienter und bürgernah gestalten. Wir wollen Europa demokratischer machen. Wir wollen Europa 2.0.

Der Europäische Einigungsprozess muss hierfür weitergeführt werden, denn der föderale Bund verschiedener Nationen überwindet geografische und kulturelle Grenzen und bringt uns alle näher zusammen. Wir Liberalen fordern Zusammenarbeit statt Abschottung, gerade in Zeiten des internationalen Terrorismus.

Um diese Ziele zu verwirklichen wollen wir anfangen notwendige Reformen durchzuführen:

1. Demokratisierung der Europäischen Union

- a. Das Europäische Parlament ist das demokratisch gewählte Organ der Europäischen Union. Die Europäischen Kommissionen sind bürgerfern und der Wähler hat praktisch keinen Einfluss auf die dort gefällten Entscheidungen. Wir fordern ein Initiativrecht für das Europäische Parlament, damit dieses auch Gesetzes-Entwürfe einbringen kann.
- b. Das Europäische Parlament erhält volle Gesetzgebungskompetenzen.
- c. Wir fordern ein gleiches Stimmrecht für die Europawahlen, die Stimme eines Malteser darf nicht vier Mal so viel Wert sein, wie die Stimme eines Deutschen oder Franzosen. Dafür sehen wir europäische Wahllisten vor.
- d. Die Anzahl der Mitglieder der Europäischen Kommission wird um ein Drittel reduziert.
- e. Der europäische Rat wird ersatzlos abgeschafft.

2. Die Europäischen Staaten müssen Kompetenzen gemeinsam bündeln

- a. Die Europäische Union soll sich außerdem inhaltlich stärker auf die wirklich großen Probleme unserer Zeit konzentrieren. Die Kompetenzen müssen dafür

innerhalb Europas endlich klar abgegrenzt werden: Insbesondere in den Bereichen Handels-, Binnenmarkt-, Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs-, Energie-, Klima-, Einwanderungs- und Asylpolitik muss Europa mit einer Stimme sprechen. Denn dort können wir nur noch gemeinsam etwas bewegen.

- b. Sozial-, Steuer-, Gesundheits- und Familienpolitik muss bei den einzelnen Mitgliedsstaaten verbleiben, da diese individueller auf die Regionalen Gegebenheiten eingehen kann. Die Europäische Union hat sich in diesen Bereichen klar raus zu halten.
- c. Damit die Europäische Union handlungsfähig ist, sind die Mitgliedstaaten in der Pflicht, demokratisch getroffene, verbindliche Entscheidungen anschließend mitzutragen und umzusetzen. Denn fehlende Kooperationsbereitschaft darf nicht dazu führen, dass Europa bei den großen Themen wieder in zahlreiche unterschiedliche Regulierungen und zwischenstaatliche Nebenabsprachen verfällt.

3. Europäisches Verteidigungsbündnis und Sicherheitspolitik

- a. Der Austausch der Sicherheitsbehörden soll auch rechtlich vereinfacht werden, damit Behörden international effizienter zusammenarbeiten können.
- b. Eine handlungsfähige gemeinsame Europäische Außensicherung muss eingesetzt werden. Diese übernimmt die Aufgaben von Frontex und muss auch die Aufgabe der Hochsee-Notrettung auf dem Mittelmeer übernehmen.
- c. Eine Schrittweise Integration der vielen Armeen, der europäischen Mitgliedsstaaten in eine „Europäische Armee“ halten wir für einen entscheidenden Schritt, denn eine Europäische Armee spart nicht nur Milliarden an Geldern, sondern ermöglicht auch eine besser Koordination und erhöht zugleich die Schlagkraft einer solchen Truppe.
- d. Wir bekennen uns zur NATO, das heißt für uns, dass eine Europäische Armee kein Ersatz für die NATO darstellt, sondern viel mehr zur gerechteren Lastenverteilung beitragen kann.

4. Arbeitsmarkt und Wirtschaftspolitik

- a. Es gilt weiterhin, den freien Markt in Europa zu verteidigen und wo nötig die Voraussetzungen dafür neu zu schaffen. So wollen wir insbesondere auch in den Bereichen Digitalisierung, Gesundheits-, Energie- und Verkehrspolitik

bestehende Wettbewerbsbeschränkungen abbauen und den europäischen Binnenmarkt verwirklichen.

- b. Im Bereich der Agrarpolitik wollen wir Marktzutrittsbarrieren und alle Subventionen kurzfristig zurückfahren und mittelfristig abschaffen.
- c. Arbeitnehmerfreizügigkeit im Binnenmarkt soll durch die europaweite Einführung von Englisch als zusätzliche Verwaltungssprache in den Mitgliedsstaaten und den Ausbau von Austauschprogrammen in der beruflichen Bildung verbessert werden.
- d. Die nationalen Arbeitsagenturen sollen europaweit vernetzt werden, um, ergänzend zu der Bologna-Reform, auch einen europäischen Berufsausbildungsmarkt zu schaffen.
- e. Ein neuer europäischer Bildungsfonds soll grenzüberschreitend Projekte fördern können und gezielt Regionen unterstützen können.

5. Freihandelsabkommen

- a. Freier Handel soll auch international gestärkt werden – Europa soll keine wirtschaftlich abgeschottete Festung sein. Daher stehen wir weiterhin zu CETA und TTIP, die gerade jungen Menschen neue Chancen eröffnen. Handelsabkommen sichern zudem den internationalen Frieden und durch die Partnerschaften die wirtschaftliche und somit auch gesellschaftliche Stabilität in den Partnerländern.
- b. Für den zukünftigen Abschluss ähnlicher Abkommen sollen die europäischen Verträge dergestalt geändert werden, dass diese allein auf europäischer Ebene verhandelt und abgeschlossen werden können.
- c. Die Ausfertigung und Verhandlungen von künftigen Verträgen haben in höchst möglicher Transparenz gegenüber den EU- Bürgern zu erfolgen.
- d. Wir müssen verstärkt auch Staaten außerhalb Europas und Nordamerikas, die unsere Vorstellungen von Demokratie und Menschenrechten teilen, als Handelspartner gewinnen.
- e. Freihandelsabkommen dürfen nur demokratisch, das heißt durch das Europäische Parlament und nicht in bevollmächtigten Arbeitskreisen nachverhandelt werden.

Verkehr und Infrastruktur

KEIN GENERELLES TEMPOLIMIT AUF AUTOBAHNEN

Wir stellen uns gegen Forderungen, ein generelles Tempolimit auf Autobahnen einzuführen. Im Vergleich zu anderen Ländern mit generellen Geschwindigkeitsbegrenzungen erweisen sich die deutschen Autobahnen laut Unfallstatistik als äußerst sicher.

MEHR INVESTITIONEN IN VERKEHRSINFRASTRUKTUR

Wir wollen die Investitionen des Bundes in die Verkehrsinfrastruktur erhöhen und damit die jahrelange Unterfinanzierung dort beenden. Die Menschen verlieren viel zu viel Lebens- und Arbeitszeit, weil Straßen, Brücken oder Schienen nicht saniert oder ausgebaut werden: Der Staat nimmt alljährlich über 50 Milliarden Euro an Steuern und Abgaben aus dem Straßenverkehr ein, doch nur ein Fünftel davon fließt in Verkehrsinvestitionen. Angesichts bröckelnder Straßen und Brücken ist das zu wenig. Der Bund muss deutlich mehr Mittel für Verkehrswege bereitstellen. Und das nicht nur für Bundesautobahnen oder -fernstraßen, sondern auch für den schienengebundenen ÖPNV. Hierfür sollen auch die Planungsprozesse optimiert werden.

TRENNUNG VON NETZ UND BETRIEB

Die Netzsparte der Deutsche Bahn AG wollen wir unabhängig machen und somit Netz und Betrieb trennen. Denn nur echter Wettbewerb auf dem Schienennetz führt dazu, dass es effizient genutzt wird und die Kundinnen und Kunden die besten Angebote erhalten. Momentan kann die Deutsche Bahn aber andere Wettbewerber benachteiligen. Denn sie betreibt fast das gesamte deutsche Schienennetz.

DIGITALISIERUNGSOFFENSIVE STARTEN

Wir setzen uns für eine Digitalisierungsoffensive im Verkehrswesen ein. Damit wollen wir den Verkehr hierzulande mit mehr Digitalisierung wieder nach vorne bringen. Ob auf der Straße, Schiene, über Wasser oder in der Luft – überall bieten sich durch intelligente Verkehrssysteme und Mobilität 4.0 mit vollautomatisiertem und autonomem Fahren große Chancen: Innovative Entwicklungen im Verkehrswesen dürfen nicht durch bestehende Monopolregelungen behindert werden. Wir sehen autonomes Fahren als große Chance für selbstbestimmte Mobilität und gesellschaftliche Teilhabe für diejenigen, deren Mobilität derzeit eingeschränkt ist. Autonom fahrende Verkehrsmittel bieten neue Perspektiven für die Attraktivität des ländlichen Raumes. Drohnen sind eine Chance für den Rettungseinsatz in ländlichen Gebieten. Daher fordern wir, die bestehenden gesetzlichen Beschränkungen von Drohnen im Zusammenhang mit Rettungseinsätzen abzuschaffen. Wir wollen zudem den Ausbau intelligenter Verkehrsbeeinflussungsanlagen vorantreiben: So sollen Ampeln

grüne vermehrt bedarfsgesteuert geregelt und mit Countdown-Anzeigen ausgestattet und Wellen effektiv umgesetzt werden.

KEIN GRENZDATUM FÜR AUTOS MIT VERBRENNUNGSMOTOR

Wir schließen ein Grenzdatum für Fahrzeuge mit klassischem Verbrennungsmotor solange aus, wie es keine markttaugliche Alternative zu diesen gibt. Die Elektromobilität steckt noch in den Kinderschuhen und ist aktuell wirtschaftlich nicht rentabel. Die Subventionierung dieser wollen wir zurückfahren. Wir Liberalen sagen: Überlassen wir die Mobilität der Zukunft wieder den Ingenieuren und Technikern. Es muss umfangreich und in alle Richtungen geforscht und entwickelt werden, um eine oder mehrere dauerhafte Lösungen zu finden. Der Umstieg der Mobilität muss ökonomisch und ökologisch ablaufen. Wir wollen die optimale Mitte dazwischen wiederfinden und schließen Prestigeobjekte und Grenzdaten, die wohlmöglich nicht einhaltbar sind daher aus.

DEUTSCHLAND WETTBEWERBSFÄHIG HALTEN – MEHR NACHTFLÜGE EMRÖGLICHEN

Wir wollen Deutschland als wirtschaftlichen Schwerpunkt und Drehkreuz der Welt erhalten und für die Zukunft rüsten. Vor diesem Ziel halten wir es für notwendig, die rechtlichen Rahmenbedingungen anzupassen, um an unseren internationalen Drehkreuzen für den Passagier- und Frachtverkehr in einem geeigneten - und für die Anwohner verträglichen - Maß Nachtflüge zu ermöglichen. So bleibt Deutschland ein attraktiver Standort, an dem der Handel floriert

BERLIN BRAUCHT TEGEL – DEUTSCHLAND BRAUCHT TEGEL

Berlin bildet als Hauptstadt und Regierungssitz einen der wichtigsten Knotenpunkte der Bundesrepublik Deutschland. Wir halten daher die dauerhafte Offenhaltung des Flughafens Berlin-Tegel nicht nur für sinnvoll, sondern für essentiell. Eine Hauptstadt darf nicht ohne internationalen Flughafen dastehen. Ein funktionierendes System muss erhalten bleiben. Wir wollen daher die - völlig überalterten und nicht mehr zeitgemäßen - Planungsbeschlüsse anpassen, und Tegel dauerhaft neben dem Flughafen Berlin-Schönefeld bzw. Berlin-Brandenburg offen halten.

Agrar-, Landwirtschaft, Energie und Umwelt

SICHERUNG DER ARTENVIELFALT

Die Liberale Partei möchte die Artenvielfalt schützen, hierfür setzen wir auf freiwillige Maßnahmen und auf neue Regelungen im jagd- und Fischereirecht. Besonders die Überfischung muss eingeschränkt werden.

WELTWEITE KLIMASCHUTZPOLITIK

Wir treten für eine vernünftige, international abgestimmte Politik auf Basis des Klimaschutzabkommens von Paris ein und lehnen nationale Alleingänge ab. Wir wollen den Emissionshandel als Klimaschutzinstrument weiterentwickeln und internationale Kooperationspartner gewinnen. Das wird nur gelingen, wenn wir uns langfristig realistische Ziele setzen und auf unnötige Markteingriffe verzichten. Technisch gibt es viele Wege das Klima zu schützen. Alle gesellschaftlich akzeptierten Technologien und Energieträger sind gleichermaßen geeignet, sofern diese sich marktwirtschaftlich behaupten können und eine sichere Energieversorgung gewährleisten.

WETTBEWERB FÜR DEN ENERGIEMIX DER ZUKUNFT

Wir setzen uns für einen vielfältigen Energiemix ein und stehen neuen Technologien offen gegenüber, auch wenn auf fossile Energieträger auf absehbare Zeit nicht verzichtet werden kann. Erneuerbare Energien sind für uns ein wichtiges Element im Energiemix der Zukunft. Sie haben auf dem deutschen Strommarkt bereits einen Anteil von rund 30 Prozent. Viele Bestandsanlagen und Neubauprojekte können an geeigneten Standorten heute ohne Subventionen wirtschaftlich betrieben werden. Auch für die erneuerbaren Energieträger müssen in Zukunft die Regeln des Marktes mit allen Chancen und Risiken gelten. Denn nachhaltige und subventionsfreie Geschäftsmodelle lassen sich nur im technologieneutralen Wettbewerb unter marktwirtschaftlichen Bedingungen durchsetzen. Künftig sollen nicht Gesetze und durch die Politik festgelegte Ausbauziele darüber entscheiden, mit welchem Energieträger zur Energieversorgung beigetragen wird.

BLAUES WACHSTUM

Wir setzen auf „Blaues Wachstum“, weil Ökologie und Wachstum sich nicht ausschließen müssen. Wir wollen Klima, Umwelt und Ressourcen durch innovative Technologien und effektive Produktionsprozesse intelligent schützen. Es geht dabei nicht nur darum, weniger wegzuerwerfen, sondern mehr wiederzuverwenden.

ENERGIEWENDE BEZAHLBAR MACHEN – ÜBERSTÜRTZTEN ATOMAUSSTIEG ÜBERPRÜFEN

Die Liberale Partei wünscht sich einen vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien, diese muss jedoch bezahlbar und realistisch umgesetzt sein. Insofern kritisieren wir den übereilten Atomausstieg, der zulasten der Stromverbraucher durchgeführt wurde. Wir wollen evaluieren und überprüfen, inwieweit eine zeitlich begrenzte Reaktivierung einiger Atomkraftwerke sinnvoll wäre, um die Energiewende günstiger für die Verbraucher zu gestalten und uns stattdessen früher von wahrlich „schmutzigen“ Energien, wie Kohlekraftwerken zu trennen.

Gesundheit

FAIRE WETTBEWERBSBEDINGUNGEN FÜR APOTHEKEN

Wir wollen die flächendeckende Versorgung mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln rund um die Uhr sowie die qualifizierte Beratung von Patientinnen und Patienten erhalten. Wir setzen uns für faire Rahmenbedingungen zwischen inländischen Apotheken und in- und ausländischen Versandapotheken ein und möchten die inhabergeführten Apotheken in Deutschland stärken. Ein pauschales Versandhandelsverbot von rezeptpflichtigen Arzneimitteln lehnen wir ab, denn jede Patientin und jeder Patient sollte die Wahlfreiheit haben, von wem er sein rezeptpflichtiges Arzneimittel bezieht. Wir halten ein differenziertes Angebot für zwingend erforderlich, welches einerseits Patientinnen und Patienten die Nutzung digitaler Angebote ermöglicht, andererseits die durch die in- und ausländischen Apotheken bisher sehr gut gewährleistete Versorgungsqualität sicherstellt. Weitere Marktzugangshemmnisse wie das Fremdbesitzverbot müssen abgeschafft werden. Daher fordern wir das Arzneimittelgesetz, die Arzneimittelpreisverordnung und das Sozialgesetzbuch V dahingehend anzupassen, dass faire Rahmenbedingungen für die Versorgung mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln zwischen inhabergeführten Apotheken in Deutschland und in- und ausländischen Versandapotheken geschaffen werden. Dafür ist dieses Versorgungssystem in Deutschland im Dialog mit Patientinnen und Patienten sowie Apothekerinnen und Apothekern weiterzuentwickeln. Zur Stärkung der inhabergeführten Apotheke vor Ort setzen wir Freie Demokraten uns ferner dafür ein, dass beispielsweise Abrechnungsmöglichkeiten für besondere Leistungen, insbesondere die individuelle Beratung, eingeführt werden. Ein Sicherstellungszuschlag für Apotheken in abgelegenen Standorten würde zudem dazu führen, dass die leistungsfähigen Strukturen flächendeckend erhalten bleiben. Zusätzlich müssen Notdienste angemessen honoriert und dringend Bürokratie im Arzneimittelwesen abgebaut werden.

FAHREIGNUNGSTESTS FÜR SENIOREN

Ein Fahrzeug führen zu können ist ein wichtiger Bestandteil in der Mobilität und Freiheit vieler Menschen. Jedoch ist der Straßenverkehr ein ständiges gegenseitiges Rücksicht nehmen. Um den Führerschein zu erhalten muss man daher eine theoretische und eine praktische Prüfung ablegen. Wir wollen einführen, dass man ab einem Alter von 70. Jahren regelmäßig, das heißt alle zwei Jahre einen ärztlichen Fahreignungstest absolviert, sowie eine halbstündige praktische Prüfung ablegen muss. Die Kosten dafür müssen, wie bei dem Erwerb des Führerscheins die zu prüfenden tragen. Viele Senioren, die keine sicheren Verkehrsteilnehmer mehr sind, sehen dies nicht oder nur bedingt ein. Wir wollen den Umstieg auf das Seniorenticket für den ÖPNV fördern und dieses Ticket lukrativer gestalten.

Digitalisierung und Datenschutz

DIGITALISIERUNG UND STARTUPS VORAN BRINGEN

Die Digitalisierung birgt unglaubliche Chancen: Smarter Alltag, wirtschaftliches Wachstum und gewaltiger wissenschaftlicher Fortschritt des modernen Menschen. Aber in der scheint es so, dass wir diese Chancen ungebraucht verlieren werden. Daher heißt es Aufholjagd – mit mehr risikofreudigen Start-Ups und einer eigentlich überfälligen Sache:

DIGITALISIERUNGSMINISTERIUM

Während der Digitalisierung brauchen wir eine ganz überfällige Sache: Das Digitalisierungsministerium. Dabei muss die Digitalisierung in Deutschland mit dem nötigen Datenschutz mehr als weit etabliert werden: Die drei größten Aufgaben werden die Etablierung der Digitalisierung, des Datenschutzes und von Start-Ups sein.

MEDIENKOMPETENZ

Wir fordern einen Fokus auf Medienkompetenz in den Bildungsstandards. Dank der digitalen Revolution hat man ganze Bibliotheken jederzeit zur Hand. Doch Informationen werden nicht durch Suchmaschinen zu Wissen und die vielen digitalen Kanäle können auch schnell zu Überforderung führen. Im digitalen Zeitalter sind Nachrichten immer, überall und sofort verfügbar. Menschen müssen lernen, sich daraus eine sachkundige eigene Meinung zu bilden. Das fußt auf der Befähigung, auf der Basis fundierten Fachwissens aus der Informationsflut die Spreu vom Weizen trennen und Quellen kritisch hinterfragen zu können. Dazu gehört von Kindesbeinen an die Vermittlung von Medien- und Methodenkompetenz. Hier hinein gehört auch das Verständnis von der Funktionsweise informationstechnischer Systeme, künstlicher Intelligenz und Computersprache. Lehrerinnen und Lehrer sollen im Bereich Medienkompetenz verpflichtend weitergebildet werden.

DIGITALER BINNENMARKT FÜR EUROPA

Wir wollen den europäischen digitalen Binnenmarkt. Denn laut Schätzung der Europäischen Kommission könnten dadurch jährlich 415 Milliarden Euro erwirtschaftet werden und hunderttausende neue Arbeitsplätze in Europa entstehen. Allerdings gibt es, anders als wir es in Europa bei Waren, Dienstleistungen und Kapital gewohnt sind, im digitalen Bereich Hindernisse beim Grenzübertritt. Die Mitgliedstaaten haben alle ihren eigenen digitalen Markt mit unterschiedlichen Regulierungen. Das wollen wir ändern, indem wir regulierungsbedingte Barrieren abbauen werden, ohne darüber den Grundsatz der Vertragsfreiheit in Frage zu stellen. In einem gemeinsamen Binnenmarkt kann es zum Beispiel keine Rolle spielen, von welchem Ort aus Verbraucher auf Internetseiten zugreifen, um beispielsweise ein Hotel für den Urlaub zu buchen oder in einem Online-Shop

einzukaufen. Durch ungerechtfertigte Zugangssperren werden Barrieren im digitalen Binnenmarkt errichtet.

FLÄCHENDECKENDES GLASFASERNETZ

Wir wollen überall in Deutschland hochleistungsfähiges Internet durch flächendeckende Gigabit-Infrastrukturen sowohl im Festnetz als auch beim Mobilfunk. Glasfaser überträgt Daten deutlich schneller als die weit verbreiteten Kupferkabel. Selbst wenn Kupferkabel mittels des sogenannten Vectoring nachgerüstet werden, erreichen sie nicht annähernd die Übertragungsgeschwindigkeit von Glasfaser. Der Ausbau soll in Regions-Clustern ausgeschrieben werden, sodass ein Ausbau auch im ländlichen Raum attraktiv ist. Alle Provider müssen Kapazitäten auf neuen Glasfaserleitungen mieten können. Dies ermöglicht echten Wettbewerb bis an die Grundstücke bei gleichzeitiger Refinanzierung über die kommenden Jahrzehnte.

STRIKTE NETZNEUTRALITÄT

Als Werkzeug der Informationsbeschaffung von immer weiter wachsender Bedeutung hält es die Liberale Partei für geboten die Netzneutralität für die Websuchenden zu verstärken, sodass Informationen und Verbindungen aus dem „offenen Internet“ nicht nach Präferenz der Internetbetreiber, sondern nach der Konkurrenz von Eingabe und Ergebnis, durch den User bereitgestellt werden.

EU- UND BUNDESDATENSCHUTZGESETZ

Die Liberale Partei fordert unter anderem ein richtiges Bundesdatenschutzgesetz, um auch in Zeiten der Globalisierung und der Digitalisierung größtmöglichen Datenschutz für den Einzelnen zu sichern. Auch in Zeiten von Google, Amazon, Apple und Facebook. Falls möglich, streben wir Liberalen ein EU-weites Datenschutzgesetz an, um mit großer Rückendeckung auch international punkten zu können.

Arbeit und Soziales

INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN IN DEN ARBEITSMARKT

Dem Fachkräftemangel wollen wir begegnen, indem wir möglichst umfassend die zu uns kommenden Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integrieren. Neben intensiven Deutschkursen sind hierfür insbesondere maßgeschneiderte Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit notwendig, die in enger Abstimmung mit den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern und Unternehmen entwickelt werden müssen.

GARANTIE DER BETRIEBLICHEN UND PRIVATEN VORSORGE

Wir wollen sicherstellen, dass freiwillige betriebliche oder private Vorsorge vom Staat honoriert wird. Das bedeutet, dass die Auszahlungen aus diesen Versicherungen nicht etwa zu einer Senkung der Grundsicherung im Alter führen, sondern von den Begünstigten zusätzlich zu staatlichen Transferleistungen zumindest teilweise bezogen werden dürfen. Das Schonvermögen eines Antragstellers von Hartz IV soll zur Vermeidung von Altersarmut erweitert werden. Dazu soll der Bemessungsbetrag auf 2.000 Euro pro Lebensjahr ohne Obergrenze angehoben werden.

VEREINFACHUNG DER DOKUMENTATIONSPFLICHT BEIM MINDESTLOHN

Beim Mindestlohn wird eine Vereinfachung der Dokumentationspflichten benötigt. Zum 1. Januar 2015 wurde in Deutschland der flächendeckende Mindestlohn eingeführt. Damit wurden den Arbeitgebern bürokratische Lasten aufgebürdet, die oft weit schwerer wiegen als die zusätzlichen Lohnkosten. Dokumentationspflichten führen besonders bei kleinen und mittelständischen Unternehmen zu einem Papierkrieg. Der Kontrollzwang verhindert eine flexible Gestaltung des Arbeitsalltags. Home-Office Lösungen werden zum Beispiel gesetzlich erschwert.

VOLLE ANRECHNUNG DER ELTERNZEIT AUF DIE RENTE

Die kommenden Generationen sind unser wertvollstes Gut. Der Nachwuchs sorgt auch für die Nachhaltigkeit unseres Rentensystems. Deswegen müssen wir Eltern bei der Rente die Kindererziehungszeiten mit dem letzten Bruttogehalt voll anrechnen. Denn Kindererziehung ist ein Full-Time-Job.

MIETPREISBREMSE ABSCHAFFEN

Wir wollen die Mietpreisbremse abschaffen. Sie ist tatsächlich eine Wohnraumbremse, weil sie Investitionen in mehr Wohnraum verhindert. Besonders Privatpersonen überlegen sich genau, ob sich Investitionen lohnen. Dabei stellen sie laut Gebäude- und Wohnungszählung 2011 etwa zwei Drittel der Mietwohnungen bereit und wollen

gewöhnlich keine horrenden Renditen erwirtschaften. Wenn sich der Vermietende aus dem Markt zurückzieht, verknappt das Wohnungsangebot weiter. Chancen auf bezahlbaren Wohnraum werden nicht besser.

MEHR SELBSTBESTIMMUNG FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Menschen mit Behinderung sollen Wahlfreiheit über die individuelle Gestaltung des eigenen Lebens haben. Wir sehen ein - und Wahlrecht auf Leistungen zur Teilhabe, zum Beispiel freie Wahl von Wohnort und Wohnform kostenneutral innerhalb eines vorgegebenen Budgets. Wir treten für bessere Teilhabemöglichkeiten auf dem ersten Arbeitsmarkt ein. Damit jeder selbst über seine Angebote bestimmen kann, wollen wir das persönliche Budget einfach und unbürokratisch nutzbar machen. Menschen mit Behinderung sollen unabhängig von der Wohnform Anspruch auf alle Leistungen aus der Sozialversicherung haben. Dies muss auch für die Pflegeversicherung gelten.

ERHÖHUNG DES KINDERFREIBETRAGS

Wir wollen den Kinderfreibetrag von derzeit 7.356 Euro im ersten Schritt um die Hälfte der Differenz zum Erwachsenen-Grundfreibetrag anheben. Außerdem wollen wir das Kindergeld um 25 Euro erhöhen, um nicht Gutverdiener zu bevorzugen.

Integration und Einwanderung

NEUES EINWANDERUNGSGESETZ

Es ist dringend notwendig ein geordnetes Einwanderungsrecht zu schaffen, das nach Möglichkeit in einem Einwanderungsgesetzbuch zusammengefasst wird. Dabei muss zwischen individuell politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlingen und dauerhaften Einwanderern klar unterschieden werden. Das Grundrecht auf Asyl für individuell politisch Verfolgte ist für uns unantastbar. Für Kriegsflüchtlinge wollen wir einen eigenen Status schaffen, einen vorübergehenden humanitären Schutz, der auf die Dauer des Krieges begrenzt ist. Nach Identitätsfeststellung soll dieser Status unkompliziert verliehen und damit das Asylsystem massiv entlastet werden. Kriegsflüchtlinge sollen dabei nach Beendigung des Krieges in der Regel in ihr Heimatland zurückkehren. Dauerhafte Einwanderer wollen wir uns wie jedes andere Einwanderungsland selbst aussuchen. Deutschland ist auf die Einwanderung von qualifizierten und fleißigen Menschen angewiesen, wenn wir unseren Wohlstand auch zukünftig erhalten wollen. Dazu wollen wir die Blue-Card reformieren, sodass Arbeitskräfte zu uns kommen können, die aufgrund eines mit einem in Deutschland ansässigen Arbeitgeber abgeschlossenen Arbeitsvertrags ihren Lebensunterhalt dauerhaft bestreiten können. Zudem wollen wir ein Punktesystem schaffen, bei dem sich Menschen aus aller Welt aufgrund ihres Bildungsgrades, Alters, ihrer Sprachkenntnisse und beruflichen Qualifikation um eine Einwanderung nach Deutschland bewerben können. Dabei ist auch Flüchtlingen, die sich entsprechend integriert haben, ein Rechtskreiswechsel und damit eine Einwanderungschance zu ermöglichen. Natürlich nur, wenn sie dieselben Kriterien erfüllen wie Fachkräfte aus dem Ausland. Zu einem geordneten Einwanderungsrecht gehören auch funktionierende Rückführungsregelungen. Wer kein Bleiberecht hat, muss konsequent abgeschoben werden. Dies ist bundeseinheitlich sicherzustellen. Die der fehlenden Einwanderungssystematik und viel zu langen Asylverfahren geschuldete Tendenz, dass bereits integrierte Flüchtlingsfamilien abgeschoben werden, aber umgekehrt Findige unser System ausnutzen, ist humanitär nicht verantwortbar, gesellschaftspolitisch gefährlich und auch volkswirtschaftlich ein großer Fehler. Wir wollen Talente von Zuwanderern fördern, ihre Potenziale und Visionen für den Arbeitsmarkt nutzbar machen und starke Personen für eine aktive Mitarbeit in Gesellschaft und Ehrenamt gewinnen. Das bisherige System der Integrationskurse als staatliches Mindestangebot für bereits Zugewanderte, genügt den Anforderungen unserer modernen Zuwanderungsgesellschaft nicht. Wir Liberalen fordern daher ein neues, modulares Integrationsprogramm, das die individuelle Förderung entsprechend persönlicher Bedürfnisse in unterschiedlichen Stufen ermöglicht.

FAIRER SCHLÜSSEL FÜR DIE VERTEILUNG VON FLÜCHTLINGEN IN EUROPA

Ein fairer Schlüssel für die Verteilung von Flüchtlingen in Europa muss durchgesetzt werden. Um die Flüchtlingskrise zu meistern, braucht es die Beteiligung aller EU Mitgliedstaaten. Die Dublin-III-Verordnung muss daher durch einen fairen Verteilungsschlüssel ersetzt werden. Flüchtlinge müssen nach verbindlichen Quoten verteilt werden. Wirtschaftskraft und Bevölkerungsstärke eines Landes sind zur Berechnung der Quoten maßgeblich. Kriterien wie familiäre Bindung oder Sprachkenntnisse müssen bei der individuellen Entscheidung berücksichtigt werden. Länder, die sich dieser Art der Solidarität verweigern, sollen in einen Fonds einzahlen müssen. Dieser soll wiederum Aufnahme - und Grenzstaaten außerhalb der EU bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise finanziell unterstützen.

BLEIBERECHT FÜR FLÜCHTLINGE IN AUSBILDUNG

Die Wirtschaft braucht Planungssicherheit. Daher fordern wir, dass integrations- und leistungswillige Flüchtlinge ihre Ausbildung in Deutschland beenden und eine zweijährige Praxiszeit absolvieren können, ehe ihr Aufenthaltsstatus neu bewertet wird. Eine Ausblendung ist schließlich in jedem Fall die beste Entwicklungshilfe.

Verantwortungsvoller Umgang mit der Deutschen Geschichte

AUFARBEITUNG DER NATIONALSOZIALISTISCHEN DIKTATUR ALS KONTINUIERLICHE AUFGABE

Die Liberale Partei weiß, dass die Aufarbeitung und Vermittlung des brutalen Unrechts der deutschen Diktatur des Nationalsozialismus eine kontinuierliche Aufgabe bleibt. Gedenkstätten wollen wir mit ausreichend Mitteln ausstatten und durch innovative Vermittlungskonzepte die nachfolgenden Generationen erreichen. Vor allem in der Schule ist es wichtig, zu vermitteln, warum und wie es hierzu kommen konnte, um die nachwachsenden Bürgerinnen und Bürger aktuelle und zukünftige Entwicklungen in diese Richtungen erkennen zu lassen.

AUFARBEITUNG DER HISTORIE DES ZWEIFGETEILTEN DEUTSCHLANDS UND DES UNRECHTSTAATES DDR

Die Aufarbeitung und die Vermittlung des Unrechts in der DDR bleibt ebenso wie die Thematisierung der kompletten weiteren Geschichte des zweigeteilten Deutschlands und wie es zu diesem kommen konnte von hoher Bedeutung. Gedenkstätten und Museen wollen wir mit ausreichend Mitteln ausstatten und durch innovative Vermittlungskonzepte folgende Generationen erreichen. Vor allem in der Schule gilt es, die umfassende Historie der DDR und der BRD zu behandeln sowie von vielen verschiedenen Seiten zu betrachten. Die Liberale Partei will das Stasi-Unterlagen-Archiv modernisieren und die Benutzerfreundlichkeit in den Strukturen des Bundesarchivs sowie das Amt des Bundesbeauftragten, insbesondere in seiner Bedeutung für die Opfer der SED-Regierung, weiterentwickeln.

Sport

FÖRDERUNG DES BREITEN UND SPITZENSPORTES

Wir bekennen uns zur Förderung des Breite- und Spitzensports in Deutschland. Der Sport bildet mit seinen Millionen Vereinsmitgliedern und ehrenamtlichen Tätigen in den verschiedenen Verbänden die größte Bürgerbewegung Deutschlands für ein faires Miteinander, gelebtes Engagement und ein gesundes Leben. Sport bringt Menschen unabhängig von Geschlecht, Alter, sozialem Status, religiöser oder politischer Anschauung, körperlichen Voraussetzungen, Herkunft, oder sexueller Orientierung zusammen. Er fördert die gesundheitliche Prävention, den Aufbau von Gemeinschaftsgeist und den Abbau von Vorurteilen. Sport hält Deutschland buchstäblich in Bewegung. Deshalb wollen wir die ehrenamtlich Tätigen von unnötiger Bürokratie befreien, denn der Sport ist auf die freiwillige ehrenamtliche Hilfe angewiesen – egal ob als Trainer, Betreuer oder in den Vereins- und Verbandsleitungen. Für Sportlerinnen und Sportler muss es attraktiv sein, für unser Land Spitzensport zu betreiben. Gemeinsam mit dem Deutschen Olympischen Sportbund, der Bundeswehr, dem Zoll, der Sporthilfe und den Spitzenverbänden wollen wir zudem den Hochleistungssport so fördern, dass die Athletinnen und Athleten sich freiheitlich entfalten können. Besonders in Ausbildung und Beruf dürfen ihnen keine Nachteile entstehen. Denn Spitzensportlerinnen und Spitzensportler begeistern und animieren als Vorbilder zum Sporttreiben. Sowohl für Breiten als auch den Spitzensport gilt jedoch: Förderfähig ist nur ein sauberer Sport. Denn Doping ist Betrug an den sauberen Athletinnen und Athleten, den Zuschauerinnen und Zuschauern, den Veranstaltern und den Sponsoren und muss daher nachhaltig bekämpft werden. Deshalb unterstützen wir die Arbeit der Anti-Doping-Agenturen (NADA national und WADA international). Wir wollen auf diesem Feld die Forschung verstärken und mit technologischen Innovationen intelligenter und effizientere Kontrollen ermöglichen. Die Kontrollen der Athletinnen und Athleten müssen aber stets auf rechtstaatlicher Grundlage erfolgen und die Persönlichkeitsrechte achten.